

SchulleiterInnen der Gymnasien nehmen Stellung zu den Sach- und Personalkosten an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sowie zu den Klassengrößen der neuen Eingangsklassen fünf

Bildungsgerechtigkeit auch für Gymnasiasten!

Schulleiter der Gymnasien kritisieren: Das Gymnasium wird als die am meisten nachgefragte Schulform derzeit von der Landesregierung in unzumutbarer Weise zur Haushaltskonsolidierung missbraucht. „Der Schulform Gymnasium vertrauen jedes Jahr rund die Hälfte der Eltern eines Schülerjahrgangs ihre Kinder an. Das Gymnasium genießt damit in der Bevölkerung eine hohe Anerkennung. Trotzdem wird es zunehmend zum Sparmodell im baden-württembergischen Schulsystem.“ So lautet das einhellige Fazit der Vorsitzenden der Vereinigung der gymnasialen Schulleiter.

Im kommenden Schuljahr wollte die Landesregierung rund 1200 Lehrerstellen einsparen. Inzwischen sollen es etwas weniger sein – Stellen werden jedoch mit Sicherheit im Schulbereich gestrichen. Gleichzeitig erfordern die Schwerpunktprojekte der Landesregierung, wie z.B. der Ausbau der Ganztagesangebots oder die Inklusion, um nur zwei zu nennen, und die zusätzlichen Stunden für die Personalvertretung zusätzliche Lehrer. Ganz besonders schlagen jedoch die finanziellen und personellen Ausgaben für die Gemeinschaftsschule zu Buche und belasten den Haushalt.

Doch wie sollen - bei reduzierter Lehrerschaft - die für diese Schulform nötigen neuen Stellen geschaffen werden? An den Gymnasien will der prognostizierte demographische Wandel einfach nicht in dem Umfang kommen, wie es sich die Landesregierung ausgerechnet hat. So wurden im Bereich des RP Stuttgart gerade einmal rund 500 Schüler weniger angemeldet als im Vorjahr, auch in den anderen Regierungsbezirken ist die Situation ähnlich. Dennoch spart die Landesregierung vor allem an den Gymnasien, teilweise auch an den Realschulen, um die von ihr gesetzten schulischen Schwerpunkte in anderen Bereichen (s.o.) nicht zu gefährden. Ein Beispiel: Am Gymnasium gilt wie an allen anderen Schulformen der Klassenteiler 30, einzig an der Gemeinschaftsschule ist 28 als Grenze festgelegt, so dass der 29. Schüler bereits zu einer zweiten Klasse führt. Auf den ersten Blick ein geringer Unterschied.

Aber gleichzeitig werden zahlreiche Gymnasien im Land angewiesen, notfalls gegen den Willen der Eltern, aus Einsparungsgründen Schüler an andere Gymnasien in der Region abzuweisen, damit insgesamt weniger Klassen gebildet werden müssen. Der Elternwunsch nach einer bestimmten Schule wird ignoriert, die Eingangsklassen bis an die Grenzen aufgefüllt. Bei 93 Schülern soll so z. B. eine vierte Eingangsklasse vermieden werden – drei Klassen mit je 30 Schülern ist das Ziel der Schulverwaltung.

An den Gemeinschaftsschulen im Land gibt es eine derartige Schülerabweisung nicht. Hier werden alle angemeldeten Schüler aufgenommen und bei vielen Schulen mit etwa 30 Schülern bereits zwei Klassen gebildet, mit 58 Schülern drei und mit 93 Schülern gäbe es keine Abweisung, sondern vier für Gemeinschaftsschulverhältnisse „große“ Klassen mit je 23,25 Schülern.

Diese Praxis führt dazu, dass am Gymnasium die Klassenstärke im nächsten Schuljahr z. B. im Regierungspräsidium Stuttgart bei durchschnittlich 27,3 Schülern pro Klasse liegen wird und damit den höchsten Wert seit der Absenkung des Klassenteilers auf maximal 30 Schüler pro Klasse erreicht.

Dabei sind die Herausforderungen am Gymnasium durch die Öffnung der Grundschulempfehlung nicht weniger geworden. Die Gemeinschaftsschule hat im selben Regierungsbezirk mit rund 20,5 Schülern deutlich weniger Schüler in der Klasse und verursacht bei den Personalkosten pro Schüler schon alleine dadurch erheblich höhere Ausgaben.

Aber nicht nur in dieser Hinsicht ist der gymnasiale Schüler inzwischen zum Sparmodell geworden: Auch bei den Sachkosten, die das Land an die Schulträger zahlt, ist der Gymnasiast äußerst günstig. In den acht Jahren bis zum Abitur werden 4736 € pro Schüler fällig, ein Gemeinschaftsschüler jedoch, der das Abitur - über die beruflichen Gymnasien - in neun Jahren erreicht, kostet das Land rund 10.000 € und damit mehr als doppelt so viel. Und dabei sind die zusätzlichen Lehrer (s.o.), die z. B. aufgrund der klein gehaltenen Klassen zur Zeit den Gemeinschaftsschulen zugewiesen werden, ebenso wenig einberechnet wie die oft millionenschweren Umbauten, die in Gemeinschaftsschulen aufgrund des neuen Lernkonzepts notwendig werden.

Wenn man von den Sonderschulen absieht, für die selbstverständlich andere Rahmenbedingungen gelten müssen, ist der Schüler einer Gemeinschaftsschule durch die Sachkosten, die notwendigen Baumaßnahmen und die insgesamt höheren Lehrerkosten pro Schüler an einer Regelschule der mit Abstand teuerste Schüler für das Land.

Die Zahlen zeigen nach Meinung der vier Vorsitzenden der Vereinigung der gymnasialen Schulleiter, dass von einer annähernd vergleichbaren Behandlung des Gymnasiums im Vergleich mit der Gemeinschaftsschule nicht die Rede sein kann. Sie fordern, das Gymnasium weder jetzt noch zukünftig als Sparmodell der baden-württembergischen Landespolitik zu betrachten, die Eingangsklassen der Gymnasien (wie auch nebenbei bemerkt der Realschulen) nicht derart rigoros zu füllen und insbesondere umgehend genügend Lehrkräfte für das kommende Schuljahr zuzuweisen.

Brigitte Röder, Vorsitzende der Direktorenvereinigung Südwürttemberg (www.dv-sw.de)

Heribert Hertramph, Vorsitzender der Direktorenvereinigung Südbaden

Uwe Müller, Vorsitzender der Direktorenvereinigung Nordbaden

Michael Burgenmeister, Vorsitzender der Direktorenvereinigung Nordwürttemberg
(www.dv-nw.de)

Für Nachfragen und Interviews stehen die Unterzeichnenden gerne bereit. Kontaktdaten:

Brigitte Röder, Kepler Gymnasium Ulm, Telefon: 0731 / 161-3671

Mail: B.Roeder@ulm.de

Heribert Hertramph, Gymnasium Kenzingen, Telefon: 07644/91130

Mail: Heribert.Hertramph@gymkenz.de

Uwe Müller, Max-Planck-Gymnasium Karlsruhe, Telefon: 0721 / 133-4550

Mail: direktion@mpg-ka.de

Michael Burgenmeister, Theodor – Heuss – Gymnasium Esslingen, Telefon: 0711 / 3512-2456

Mail: Michael.Burgenmeister@dv-nw.de